

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1913

13.4.1913 (No. 100)



Karlsruher Zeitung

Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

N^o 100

Sonntag, den 13. April 1913

156. Jahrgang

Expedition:
Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telefon-
anschl. Nr. 251, 252, 253, 254), wofür auch
Anzeigen in Empfang genommen werden.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M 50 P;
durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 67 P.
Einrückungsgebühr: die 6 mal gepaltene Beilage oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte
werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei
Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung
übernommen.

Staatsanzeiger.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädigst bewogen gefunden, dem Fürstlich Fürstenbergischen Oberförster Adolf Pfister in Friedenweiler die untertänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm verliehenen königlich Preussischen Kronenordens vierter Klasse zu erteilen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 10. April 1913 gnädigst geruht,

1. den Amtsvorstand Geh. Regierungsrat Hermann Pfeiffer in Bruchsal zum Verwaltungsgerichtsrat zu ernennen,

2. den Amtsvorständen Oberamtännern Heinrich Hebling in Mühlheim, Dr. Wilhelm Lukas Strauß in Donaueschingen und Dr. Julius Holderer in Nehl den Titel Geheimer Regierungsrat zu verleihen,

3. den Amtsvorstand Oberamtann Dr. Hermann Kiefer in Emmendingen unter Verleihung des Titels Geheimer Regierungsrat in gleicher Eigenschaft nach Bruchsal zu versetzen,

4. den vortragenden Rat im Ministerium des Innern, Ministerialrat Dr. Karl Vaur unter Verleihung des Titels Geheimer Regierungsrat zum Amtsvorstand in Emmendingen zu ernennen,

5. den Amtsvorstand Oberamtann Franz Max Franz in Waldkirch unter Verleihung des Titels Ministerialrat zum vortragenden Rat im Ministerium des Innern zu ernennen,

6. den Amtsvorstand Oberamtann Ernst Fesch in Neustadt in gleicher Eigenschaft nach Waldkirch zu versetzen,

7. den Oberamtann Adolf Rothmund in Mannheim zum Amtsvorstand in Neustadt zu ernennen,

8. die Amtmänner Karl Büchel in Freiburg und Friedrich Thoma in Kastatt in gleicher Eigenschaft, ersteren nach Mannheim, letzteren nach Freiburg zu versetzen.

Die Zoll- und Steuerrichtung hat unterm 25. März 1913 die Finanzsekretäre:

Karl Braungart in Sinsheim nach Billingen,
Otto Frank in Wolfach nach Säckingen,
Alfred Hebling beim Steuerkommissar Sinsheim zum Finanzamt daselbst veretzt;
unterm 27. März 1913

den Finanzsekretär Hermann Straß in Mannheim nach Dahr veretzt,

unterm 29. März 1913 die Finanzsekretäre:

Rudolf Schenkel in Schaffhausen und
Emil Stolzer in Mannheim zu Zollverwaltern ernannt.

Mit Entschliebung Großh. Generaldirektion der Staats-Eisenbahnen vom 30. Juli 1912 wurden die Eisenbahnsekretäre Georg Weg in Heidelberg nach Neckargemünd und Wilhelm Thrig in Neckargemünd nach Heidelberg veretzt.

Gestorben:

am 8. April d. J.: Duno Leopold, Eisenbahnsekretär in Achern.

Namensänderung.

Der Name der nachstehenden Person ist wie folgt geändert:

Anna Koller, geboren am 31. Januar 1896 zu Mühlheim, wohnhaft in Pforzheim, in Anna Kohrer.

Karlsruhe, den 10. April 1913.

Ministerium des Großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen.

Der Ministerialdirektor:

Hübisch.

Groß.

Die Geldlotterie zur Wiederherstellung der St. Lorenzkirche in Nürnberg betr.

Dem Verein für Wiederherstellung der St. Lorenzkirche in Nürnberg wurde in Ergänzung unserer Ent-

schließung vom 25. Juni 1912 — vergl. die diesseitige Bekanntmachung im Staatsanzeiger 1912 Nr. 178 — unter den bisherigen Bedingungen die Genehmigung zum Vertrieb von weiteren 5000 Losen zu 3 M. der 6. Reihe der Geldlotterie zugunsten der Wiederherstellung der St. Lorenzkirche in Nürnberg im Gebiet des Großherzogtums Baden erteilt.

Karlsruhe, den 11. April 1913.

Großh. Ministerium des Innern,
von Bodman.

Jung.

Die Annahme von Baupraktikanten betr.

Gemäß § 3 der landesherlichen Verordnung vom 10. Oktober 1906 sind folgende Diplomingenieure als Baupraktikanten aufgenommen worden:

Fritz Heide von Konstanz,
Heinrich Groppe von Mannheim,
Rudolf Fels von Karlsruhe,
Runo Dühmig von Bühl und
Klaus Giermann von Mannheim.

Karlsruhe, den 10. April 1913.

Großh. Ministerium der Finanzen,
Der Ministerialdirektor:
Schellenberg.

Gafel.

Das Badische Staatsschuldbuch betr.

Der Kurs für Bareinzahlungen auf 4prozentige Buchschulden beträgt bis auf weiteres 99,50 M. für 100 M. Buchschuld.

Karlsruhe, den 12. April 1913.

Großh. Staatsschuldenverwaltung.

Gewinnauszug

der
**2. Preussisch-Süddeutschen
(228. Königlich Preussischen) Klassenlotterie**
4. Klasse 1. Ziehungstag 11. April 1913

Wird jede gezogene Nummer auf zwei gleich hohe Gewinne geteilt, und zwar je einer auf die erste gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I und II.

(Ohne Gewähr v. St. u. l. B.)

In der Vormittags-Ziehung wurden Gewinne über

192 M. gezogen:

2 Gewinne zu 5000 M. 81343

4 Gewinne zu 3000 M. 56128 173961

14 Gewinne zu 1000 M. 64711 67693 67943 69964

107987 182678 226672

38 Gewinne zu 500 M. 718 3033 19339 23985

29190 61830 70840 87320 92309 93681 102636

111289 119702 122616 129342 158455 169244 193390

206252

62 Gewinne zu 400 M. 5604 7081 21971 35231

39457 41751 51145 51952 52136 57760 67477 69097

71419 83280 86188 90699 96308 103035 103294

110741 112097 112902 115449 132932 140882 141217

141906 144930 148091 148989 158812 160311 160681

167814 175602 183352 192577 197172 201194 202806

213660

In der Nachmittags-Ziehung wurden Gewinne über

192 M. gezogen:

2 Gewinne zu 10 000 M. 202314

8 Gewinne zu 3000 M. 47122 119499 124157

216226

14 Gewinne zu 1000 M. 66306 98369 112321

115436 132959 135283 191972

24 Gewinne zu 500 M. 9673 18895 20131 21755

41702 73414 92738 99788 112895 153838 190998 222687

63 Gewinne zu 400 M. 6759 27945 35248 48501

57013 57995 58123 59895 69256 74068 74848 76555

78403 80468 81315 110007 123541 130455 136830

139468 144115 145538 148871 153069 159853 161375

161598 165513 174707 183484 203131 209902 214805

217042

Nicht-Amtlicher Teil.

Vor hundert Jahren.

13. April: Niederlage der Franzosen unter Marschall Suchet durch die Anglo-Spanier unter Generalleutnant Sir Murray in der Schlacht bei Castalla (Povung Alicante).

Karlsruhe, 12. April.

* Politische Wochenrückblicke.

Das Herzogspaar von Cumberland am Kaiserlichen Hofe.

Der Besuch, den der Herzog und die Herzogin von Cumberland dem Kaiserpaar in Homburg v. d. S. abgestattet haben, verlieh dem diesmaligen Aufenthalt der kaiserlichen Familie in der schönen Taunusstadt den Charakter eines erfreulichen und bedeutenden Familienfestes. Er ist ein Beweis dafür, daß die in Karlsruhe vollzogene Verlobung des Prinzen Ernst August Herzog zu Braunschweig und Lüneburg mit der Prinzessin Viktoria Luise von Preußen den ersten Schritt zu einer völligen Wiederherstellung der einstigen engen persönlichen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Fürstenhäusern bildete. Das ganze deutsche Volk, namentlich auch das badische, dessen eigenes Herrscherhaus durch nahe verwandtschaftliche Bande mit den beiden Dynastien verknüpft ist, freut sich dieser Wiederannäherung von Herzen und gibt sich der frohen Zuversicht hin, daß ihr Glück und Segen in reichem Maße entsprechen werde.

Die Kanzlerreden.

Der Reichskanzler hat zu der Wehrvorlage am 7. und 9. April im Reichstage das Wort ergriffen. Die Dinge außen und innen sind, namentlich durch die erste große Rede, in klare Beleuchtung gerückt worden. Der Kanzler sprach hauptsächlich von den äußeren Dingen; aber eben daraus folgt die Haltung, die im Innern geboten ist. Allgemein ist die Offenheit begrüßt worden, mit der dem Reichstage und dem ganzen Volke die Weltlage dargelegt wurde. Die Rasseninstinkte, so erfahren wir, sind durch den Balkankrieg neu belebt. Nicht nur auf dem Balkan selbst, sondern bekanntlich sehr stark auch in Rußland. Es gibt keine gegensätzlichen Lebensinteressen zwischen dem russischen und dem deutschen Staate; aber Bismarck, der auch dieser Ansicht war, der sie oft ausgesprochen hat und für den das freundschaftliche Verhältnis zu Rußland fast Glaubenssatz war, hat über feindliche Strömungen in der russischen Gesellschaft zu klagen gehabt und eine drohende Haltung der Regierung erlebt. Slaventum und Germanentum, so werden die Gegensätze begrifflich zugepißt. Der Kanzler hat es ausdrücklich abgelehnt, sich diese Ansicht von der Gegensätzlichkeit der Rassen zu eigen zu machen. Es ist fraglich, ob es jemals richtig ist, notwendige Auseinandersetzungen zu prophezeien; ganz besonders unrichtig ist es aber, wenn reale Interessengegensätze gar nicht vorhanden sind. Beachten freilich muß man die Stimmungen in den Völkern, auch die der Minderheiten, denn diese können in leidenschaftlich erregten Zeiten die öffentliche Meinung für sich gewinnen. Der Kanzler meinte das namentlich von Ländern mit demokratischen Einrichtungen und dachte dabei an Frankreich. Der chauvinistische Geist, der dort in einem Teile der Bevölkerung lebt, hat ebenfalls durch die Ereignisse auf dem Balkan einen Antrieb erhalten. Ihm erscheinen die Niederlagen der Türken politisch und militärisch als Niederlagen der Deutschen. Der Anschluß der siegreichen Balkanstaaten an den Dreierverband wird als sicher angenommen. So ist das Kraftgefühl auch hier durch die Balkangehehnisse gesteigert. Bismarck aber hat in seiner großen Rede im Januar 1887 einen Angriff Frankreichs als möglich bezeichnet, wenn dieses zu dem Glauben komme, daß es uns überlegen sei, sei es, daß dieser Glaube auf der eignen militärischen Stärke, sei es, daß er auf dem Bestehen von Bündnissen ruhe. Nach beiden Richtungen mag jetzt in gewissen französischen Kreisen ein Hoffnungs Glaube vorhanden sein. Hier zeigen sich also überall Begleitererscheinungen und Folgen, subjektive oder objektive, des Balkankrieges. Es ist das nicht Schwarzmalerei. Die guten Beziehungen zu den Regierungen, sowohl Rußlands als Frankreichs, als auch Englands wurden vom Kanzler in derselben Rede ausdrücklich hervorgehoben. Das alles liegt sich so natürlich, aber es ist garnicht so einfach, bei der Einbringung einer großen Militärvorlage die Lüne zu vermeiden, die außen als „Bedrohung“ und innen als „Beunruhigung“ empfunden werden. Das Wirtschaftsleben, der seine Maßstab, hat aus der Kanzlerrede vom 7. April keine Beunruhigung entnommen. Daß Deutschland stark ist, ist keine Bedrohung; daß es Haus und Hof schützen will, verleiht aller friedlichen Sanftmütigkeit

innerhalb des Hauses nur erhöhte Zurecht und Sicherheit. Nicht auf Grund irgend einer Geheimfunde oder Geheimkunft ist diese Sicherung nötig; das Land in der Mitte Europas, das unsere Vorfahren sich zum Wohnsitz ausgesucht haben, und die Nachbarn, die uns Geschick und Geschichte gegeben hat — damit ist eigentlich alles gesagt.

Die Reichstagsverhandlungen.

Zu dem Verhalten der Parteien und ihrer Redner im Reichstage ließe sich sehr viel sagen. Manche Bemerkung, die sich aufdrängt, kann aber unterdrückt werden, weil es scheint, daß hier in Umkehrung des Wortes aus Goethes Jphigenie viel gesprochen worden ist, nicht um zu versagen, sondern um zu bewilligen. Da wird es erlaubt sein, daß wir als Hauptsache nur das Ja hören. Denn dieses Ja muß innerhalb der Flut der vernünftigen Sätze und des Strebens, in erster Lesung sich nicht „festzulegen“, als hocherfreuliche dankenswerte Hauptsache betrachtet werden. Inwiefern wir gern etwas mehr Wärme und Frische gesehen hätten, mag an zwei Beispielen erläutert werden. Ein konservativer Redner erklärte, von einer Surrestimmung gegenüber der Wehrvorlage sei nicht die Rede. Daß der zunächst folgende, sehr oppositionell gestimmte Redner diese Äußerung sofort triumphierend aufgriff, wird wohl den konservativen Redner stutzig gemacht und in ihm Zweifel erregt haben, ob er sich richtig ausgedrückt hat. Wenn er hat sagen wollen: „Wir werden die nüchternere Überlegung zu ihrem vollen Recht kommen lassen, wir machen nicht verschwommene Gefühlspolitik, sondern wollen mit unseren Rüstungen auf einer festen Grundlage stehen und werden die Wirkungen der Deckungsvorschläge genau prüfen“, so hätte er das eben mit diesen Worten sagen sollen. Die Verächtlichmachung der „Surrestimmung“ stammt von der Sozialdemokratie und aus verwandten Kreisen; es ist immer ein Mangel an eigenem berechtigtem Selbstgefühl, wenn man vom Gegner sich Schlagworte darreichen läßt.

Der Redner einer anderen großen bürgerlichen Partei aber meinte: nicht freudig, sondern aus Pflichtgefühl werde seine Partei das Notwendige bewilligen. Man braucht nun gewiß die Empfindung des Herzens nicht immer auf der Lippe zu tragen; aber muß man sich denn wirklich schämen, bei solcher Gelegenheit einmal die herzliche Liebe zum Vaterlande auszudrücken und, nach gründlicher verstandesmäßiger Prüfung, auch ein freudiges Geben in Aussicht zu stellen? Es mahnt das an die ethische Lehre, mit der Schiller sich in zwei Epigrammen befaßt; diese ethische Lehre sagte, daß die rechte Pflichterfüllung darin bestehe, gegen die eigene Neigung zu handeln. „Gerne dien ich den Freunden“, so läßt Schiller nun einen Ratlosen klagen, „doch thu ich es leider mit Neigung. Und so wurmt es mir oft, daß ich nicht tugendhaft bin.“ Die satirische Antwort, die der Dichter gibt, lautet: „Da ist kein anderer Rat, du mußt suchen, sie zu verachten, und mit Abscheu alsdann tun, wie die Pflicht dir gebietet.“ Manche parlamentarische Führer scheinen es für ihre Aufgabe zu halten, das Volk, das bereit ist, freudig zu geben, dahin zu bringen, „mit Abscheu“ seine Pflicht zu tun. Für verdienstlich können wir das nicht ansehen. Es ist denn glücklicherweise auch aus der Mitte des Reichstags die Empfindung ausgedrückt worden, daß man sich der Opferbereitschaft des Volkes freuen sollte.

Begreiflicher ist es, wenn eine Partei, die nichts bewilligen will, das Feuer der Begeisterung zu dämpfen sucht. Die Sozialdemokratie hat sich darum nach Kräften bemüht. Aber die häßliche, gehässige Art, mit der sich der Abg. Saase äußerte, herrscht in weiten Kreisen Entrüstung. Er hatte auf Grund der hohen Abgeordnetenzahl seiner Partei das Vorrecht, als erster Redner nach dem Kanzler und dem preussischen Kriegsminister das Wort zu ergreifen. Die Introdution hätte man sich würdiger denken können. Aber es hieß, die Anforderungen recht niedrig stellen, wenn man etwa die Reden der Abg. Frank und Südekum, die gewöhnlich als Revisionsisten bezeichnet werden, erfreulich nannte. Dagegen mag anerkannt werden, daß der Abg. Scheidemann, im Vergleich zu früheren Kundgebungen — also lediglich mit seinem eigenen Maßstabe gemessen, — sich eine gewisse Zurückhaltung auferlegte. Alles in allem empfängt man doch den Eindruck, daß die Sozialdemokratie die Zeit zu einer allerschrofften Opposition nicht für günstig ansieht. Eine Reichstagsauflösung mit der Parole der Wehrvorlage scheint man sich nicht zu wünschen. Die Spekulation auf die Uneinigkeit der bürgerlichen Parteien dürfte man allerdings noch nicht aufgegeben haben.

Sehr viel Kritik brachte auch der Zentrumsabgeordnete Häusler vor. Die berechnete parlamentarische Gepflogenheit, die Abgeordneten nicht mit den außerhalb des Hauses erworbenen Titeln anzureden (mit Ausnahme des Dokortitels), ändert nichts daran, daß die Rede des Abg. Häusler ihre politische und parteipolitische Bedeutung durch dessen Eigenschaften als Mitglied des Zentrums und ferner als bayerischer Generalmajor z. D. empfangt. Deshalb haben die Sozialdemokraten eingestanden, machen so großen Wert auf seine Ausführungen gelegt. Mit dieser Wirkung müssen Freunde und Gegner der Wehrvorlage und auch der Abg. Häusler selbst rechnen. Eine positive nutzbar machende militärischer Erfahrungen zugunsten einer Verbesserung des Heerwesens und der Wehrvorlage denken wir uns anders. Der Abg. Häusler reichte Kritik an Kritik. Bei dem Zusammengehörigkeitsgefühl des deutschen Heeres war es begreiflich, daß dem bayerischen Bundesratsbevollmächtigten Generalmajor Wenninger diese Kritik, der — wir wiederholen es — innerhalb und auch außerhalb des Hauses gerade wegen

der militärischen Eigenschaft des Sprechers eine besondere Bedeutung beigelegt wird, sehr peinlich war, und es sich dagegen wandte.

Die internationale Lage.

Die Kanzlerrede vom 7. April hat zweifellos das Zusammenarbeiten der Mächte in den Balkanländern gefördert und verstärkt. Äußerungen der ausländischen Presse und direkte Nachrichten aus den Hauptstädten spiegeln den günstigen Eindruck der Rede wieder. Das Deutsche Reich hat von Anfang an in den Fragen, die noch immer Europa beschäftigen, eine vermittelnde Stellung eingenommen; der Kanzler hat in ziemlich schwieriger Situation die Fäden, die nach den verschiedenen Richtungen laufen, in der Hand behalten.

Die Flottenkundgebung vor Montenegro dauert nun seit dem 2. April; seit dem 10. April ist die Blockade eingetreten. Die Schiffe der verschiedenen Nationen sind unter dem Oberbefehl eines englischen Admirals gestellt. Der deutsche Reichskanzler, der englische Minister des Äußern, diese beiden im Parlament, dann auch die russische Regierung in einer umfassenden Kundgebung an die Öffentlichkeit, haben die Notwendigkeit betont, daß Montenegro sich dem Willen der Großmächte füge, und den Gedanken, noch weiteren Gebietszuwachs zu erlangen, aufzugeben. Auf deutscher Seite wird man sich der russischen Kundgebung besonders freuen können, weil sie wie ein Echo der Reichskanzlerrede wirkt. Auch die russische Kundgebung ist offenbar durchdrungen von dem Wunsch, gegen das eigene Volk und gegen Europa offen zu sein. Die Erwartung, die hier an dieser Stelle vor einer Woche geäußert wurde, daß die Mächte dem König von Montenegro eine Geldentschädigung zu denken würden, hat sich inzwischen bestätigt. Es ist möglich, daß durch ein endliches Nachgeben Montenegros eine internationale Regelung Statutaris vermieden wird; die Stadt würde dann gleich nach Abzug der türkischen Besatzung, der ja noch einmal erfolgen muß, albanischer Besitzstand werden.

Am meisten vorgeschritten ist wohl die Verständigung über den rumänisch-bulgarischen Streit. Eine Grundlage ist gefunden, doch fehlt noch der formelle Abschluß. Noch weiter vom Abschluß scheinen die Verhandlungen über den Frieden zwischen den Balkanstaaten und der Türkei zu sein. In Sofia hat man erklärt, daß Bulgarien zum Frieden bereit sei, aber die anderen Balkanstaaten mit ihren Entschlüssen noch nicht so weit seien. Die Mächte werden also vermutlich noch weitere Noten überreichen und empfangen.

Der nationalliberale Preussentag.

Die preussischen Nationalliberalen waren in Hannover versammelt, um Kruppenschan vor den Landtagswahlen zu halten und den Wahlauftritt festzustellen. Im weitesten Teile Preußens sind von den Nationalliberalen und Fortschrittler gemeinsame Kandidaten aufgestellt worden; nur vereinzelt treten sich Nationalliberale und Fortschrittliche kämpfend gegenüber. Der größte Bezirk, in dem die Nationalliberalen, jedoch nicht in allen Kreisen, mit den mehr rechts stehenden Parteien zu einer Vereinbarung gelangt sind, ist Schleswig-Holstein. Hier gibt es kein Zentrum; es gibt, wie erwähnt sein mag, auch keine Schwerindustrie, der sonst der Wunsch nachgesagt wird, die Beziehungen nach rechts hin nicht zu verlieren. Die Verhandlungen in Hannover haben nach den Berichten von dort zur vollen Einigkeit geführt. Erhebliche Bedeutung wurde der Reform des Landtagswahlrechts und der Gleichberechtigung des Liberalismus in der Verwaltung zuerkannt. In einem besonderen Entschlusse wurde die Erwartung ausgesprochen, daß die Landtagswahlkandidaten gegenüber der Sozialdemokratie keinerlei Verpflichtungen übernehmen, was vor den letzten Reichstagswahlen einige nationalliberale Kandidaten getan hatten.

Reichstag.

Berlin, 11. April.

Die erste Beratung der Deckungsvorlagen wird fortgesetzt.

Abg. v. Bayer (Rpt.) erklärt die gleichzeitige Verabschiedung beider Vorlagen für unbedingt notwendig. Prinzipielle Bedenken seien gegen den einmaligen Wehrbeitrag nicht erhoben worden und die Fortschrittler wollten diese Harmonie nicht föhren. Das wichtigste an der Vorlage sei die Deckung der laufenden Ausgaben. Das Erbrecht des Staates werde kein wesentliches Ereignis abwerfen. Viel besser würde der Fiskus fahren, wenn eine starke Erbschaftsteuer festgelegt würde. Gegen die Einnahmendeckung des Termins für die Verabschiedung der Zukersteuer erhebt Redner entschiedenen Widerspruch. Die Umsatzsteuer stelle eine Verkehrssteuer der schärfsten Sorte dar. Wenn es sich um eine Vorlage handle, die den Schutz des Vaterlandes bezwecke, so müsse eine direkt erhobene Reichsbesitzsteuer eingeführt werden, die nach gleichmäßigen Grundätzen durchgeführt werde. Für die Fortschrittler sei es ganz selbstverständlich, daß sie in der Kommission die Gelegenheit benütze, eine Erbschaftsteuer wieder einzubringen. Der Wehrbeitrag sei eine Besitzsteuer, zu deren Deckung vielfach das Kapital angegriffen werden müsse. Wir werden, so bemerkte der Redner, unbefangenen und vorurteilslos das Beste tun, um Unheil zu verhüten und die Lasten gerecht und mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Folgen dieser Belastung zu verteilen.

Freiherr v. Camp (Rpt.) erklärt: Gegen den einmaligen Wehrbeitrag haben wir nichts einzuwenden unter der Voraussetzung, daß auch die indirekten Steuern weiter ausgebaut werden. Gegen die Steuererhöhung von 50 000 M. haben wir erhebliche Bedenken. Man sollte es auch anderen Leuten ermöglichen, sich an der Nationalspende zu beteiligen. Hinsichtlich der Berechtigung der Matritularbeiträge hat sich der Vorredner nicht klar genug ausgedrückt. Es empfiehlt sich, die Matritularbeiträge zu erhöhen. Auf dem Gebiete der Besteuerung der Aktiengesellschaften sollte eine größere Einheitlichkeit in den Bundesstaaten angestrebt werden. Wir werden

die Parteizentren zurücktreten und nur das Interesse des Vaterlandes abwägen lassen.

Abg. Graf v. Pöschelsky (b. l. R.) bedauert, daß die verbündeten Regierungen die Vorlage betr. das Erbrecht des Reiches zum zweiten Male unterbreitet haben. Der Redner äußert sich dann über die Schwierigkeiten der Testamentsvollstreckung, die sich infolge dieses Gesetzes ergeben würden und fährt fort: Dieser Gesetzentwurf bedeutet einen so tiefen Eingriff in das Familienrecht, daß man seinen Gedanken nicht folgen sollte. Ich hoffe, daß dieser Entwurf von der Mehrheit des Hauses an der Schwelle der Beratungen abgelehnt wird. Ich hoffe, daß jetzt nach 100 Jahren, wo wir fortgesetzt an diese große Zeit erinnert werden, wieder zu den Wirtschaftsprinzipien der damaligen Zeit zurückkehren und Sparsamkeit eben nicht nur mit schönen Worten, sondern auch mit der Tat.

Staatssekretär Kühn: Der Vorredner hat sich mit bemerkenswerter Schärfe gegen das Erbrecht des Staates gewandt. Soweit er Gründe im einzelnen dagegen angeführt hat, werden sie selbstverständlich des näheren geprüft und so weit als möglich berücksichtigt werden. Ich muß mich aber dagegen wenden, wenn er behauptet, die Begründung zum Entwurf sei ein Zerstückeln des deutschen Familienlebens. Nebenbei bemerkt, ist die ganze Begründung nicht neu. Sie hat dem Reichstag genau in demselben Wortlaut schon 1890 vorgelegen und damals sind diese Bedenken nicht erhoben worden. Wenn die Begründung des Entwurfs erklärt, es sei nicht zu leugnen, daß das Gefühl der Familienzugehörigkeit in weiten Kreisen des Volkes sich außerordentlich gelockert habe, so ist das eine Feststellung einer Tatsache, die gewiß in anderen Ländern genau so wie bei uns beobachtet wird. Das ist doch aber nichts Besondere. Ich sehe auch nichts Ansehliches in der Erklärung, daß die Regierung sich nicht entschließen konnte, die Grenzen enger zu ziehen. Dieser Vorwurf des Entwurfs soll nur den Anwürfen begegnen, die von Anhängern des Erbrechts des Staates erhoben werden, welche die Anschließung noch näherstehender Verwandtschaftsgrade befürworten. Es ist auch kein Grund zur Annahme vorhanden, daß eine spätere Regierung weitere Fortschritte auf diesem Wege machen werden: Im Gegenteil, der Entwurf von 1890 ging weiter als der jetzige. Es ist also viel eher eine rückläufige Bewegung zu konstatieren. Die Finanzverwaltung findet sich damit ab, daß ihr von der Gegenwart keine Kräfte geflochten werden. Wer vieles nimmt, wird jedem etwas nehmen. (Sehr gut! und Große Beifälle.)

Abg. Emmel (Soz.): Wir lehnen alle Steuern ab, durch die die Arbeiter und Beamte noch weiter belastet werden. Solange Pöschelsky im Amt war, habe er auch nichts von der allpreussischen Sparsamkeit wissen wollen. Gegen die Verlängerung der Zukersteuer müsse die Sozialdemokratie Einspruch erheben. Daß die Fürsten an dem Wehrbeitrag teilnehmen, sei selbstverständlich. Denkbarerweise dürften nicht vorkommen.

Präsident Dowe rief diesen Ausbruch. Reichssekretär Kühn: Nachdem der Herr Präsident schon die Äußerung des Vorredners zurückgewiesen hat, daß eine Debatte über die Fürsten nicht gebildet werden könne, liegt mir noch daran, zu konstatieren, daß nichts den Gedanken des Wehrbeitrags so populär gemacht hat wie die hochherzige Erklärung (Gelächter der Sozialdemokraten) der Bundesfürsten, auch ihrerseits zu den Lasten des Gesetzes beizutragen. Es ist ferner nicht richtig, daß die Finanzverwaltung mit jeder Steuer, die sie bekommt, einverstanden ist. Sie muß vielmehr darauf sehen, daß die Steuer nicht bloß ihrem Interesse, sondern auch dem wirtschaftlichen Interesse entspricht, und daß das Interesse des Reiches, der Bundesstaaten und der Allgemeinheit gewahrt wird.

Abg. Roland-Liße (Rat.) meint: Die Ansammlung eines Reichsschatzes von 120 Millionen Gold werde den Goldbestand der Reichsbank schwächen und auch auf die wirtschaftlichen Verhältnisse ihren Einfluß ausüben. Wir wollen unter allen Umständen eine direkte Reichsbesitzsteuer. Das Erbrecht des Reiches wollen wir möglichst auszubauen versuchen. Darauf wird die Weiterberatung auf Samstag 11 Uhr verlagert; außerdem Petitionen. Schluß 17 Uhr.

Berlin, 11. April. Die Geschäftsordnungscommission des Reichstages beschloß, über die durch Plenarbeschluß vom 5. April der Kommission überreichte Resolution Saffermann und Genossen, betr. Abberufung der Wahlprüfungen an eine gerichtliche Behörde, dem Plenum vorzuschlagen, die Materie der erweiterten Geschäftsordnungscommission zu überweisen.

Politische Übersicht.

Kaisertage in Homburg v. d. S.

Die kaiserliche Familie, die cumberlandischen und die badischen Herrschaften sowie Prinz und Prinzessin Friedrich Karl von Hessen machten am Freitag nachmittag eine Automobilfahrt zunächst nach Schloß Friedrichshof, welches unter Führung des Kaisers besichtigt wurde. Die Fahrt ging dann weiter über Königstein, Oberreifenberg und Schmitten nach Homburg zurück. Die Taunuslandschaft unter einer mehrere Zentimeter hohen Decke von Neuschnee bot einen besonders reizvollen Anblick. Nach 6 Uhr nahmen sämtliche Herrschaften — auch Prinz Citel Friedrich, der kurz zuvor in Homburg eingetroffen war — den Tee in den Gemächern des Herzogs und der Herzogin von Cumberland. Nach dem Tee verließen die hessischen Herrschaften Homburg. Um 8 Uhr fand gemeinsame Abendtafel statt, an welcher auch Prinz Citel Friedrich und der Reichskanzler teilnahmen.

Homburg v. d. S., 11. April. Prinz Citel Friedrich von Preußen und Reichskanzler Dr. von Bethmann-Hollweg sind heute abend abgereist.

Kaiser-Jubiläumstiftung. Die städtischen Behörden von Neufölln haben anlässlich des Regierungsjubiläums des Kaisers die Einrichtung eines größeren Spiel- und Sportübungsplatzes für die Jugend von Neufölln, sowie die Errichtung eines Altersheims für alte Bürger der Stadt beschlossen. Der Wert des Sportplatzes beziffert sich auf 160 000 M., der des Altersheims auf 60 000 M.

Der Herzog von Sachsen-Altenburg empfing am Donnerstag in Altenburg die Offiziersabteilungen des ersten Garderegiments zu Fuß unter Führung des Regimentskommandeurs Obersten von Friedeburg und des 96. Infanterieregiments aus Gera mit dem Regimentskommandeur Obersten Sonntag an der Spitze, die ihm die Glückwünsche ihrer Regimenter zum heutigen 25jährigen Militärdienstjubiläum überbrachten. Oberst von Friedeburg

überreichte im Auftrage des Kaisers dem Herzog das Dienstauszeichnungskreuz.

Marineunfälle. Aus Stettin wird vom Freitag gemeldet: Bei dem heute vormittag herrschenden Schneesturm ist bei Swinöft zwischen Misdroy und Diebenow das Torpedoboot „V. III“ gestrandet. Kurz darauf sind von Swinemünde der Kunstmannsche Bergungsdampfer „Herkules“ unter Mitnahme von Marinemannschaften des Panzerkreuzers „Friedrich Karl“ und der Kreuzer „Köln“ zur Hilfeleistung nach der Unfallstelle abgedampft. Um 7 Uhr abends wurde gemeldet, daß die Mannschaft des gestrandeten Torpedoboots gerettet und in Misdroy gelandet worden ist. Der Bergungsdampfer „Herkules“ und der Kreuzer „Köln“ befinden sich wieder an der Unfallstelle. Dem „V. III“ wird dazu berichtet:

In der Nacht von Donnerstag zum Freitag sollte von dem Lehr-Geschwader ein Angriff auf die Festung Swinemünde gemacht werden. Zu diesem Zweck fuhren die Schiffe in die offene See und versuchten nördliche Landungsmanöver an der Küste, die durch die Festungsartillerie und Infanterie verteidigt wurde. Als man gegen Morgen zurückfuhr, wurde das Torpedoboot vermisst. Einige Schiffe, die sich auf die Suche begaben, schifften es in der Nähe von Misdroy, wo es in den starken Wellen herumgetrieben wurde. Die Kohlen waren ihm ausgegangen, so daß es manövrierunfähig geworden war. Die Hilfschiffe versuchten, sich ihm so weit zu nähern, daß Taue angebracht werden konnten; letztere wurden aber vom Sturm gerissen. Durch Funktelegraphie wurde nun die Marinestation von Swinemünde um Entsendung von weiteren Hilfschiffen ersucht. Trotz aller Hilfsmittel gelang es aber nicht, das Boot in den Hafen einzuschleppen. Nachmittags gegen 3 Uhr wurde es zwischen Misdroy und Swinöft etwa 160 Meter vom Ufer entfernt auf den Sand getrieben.

Im Hafen von Swinemünde ist S. M. S. „Württemberg“ auf Grund geraten.

Zu der Frage der Ausweisung von Ausländern aus Mülhausen i. G. hat auf eine Interpellation des Abgeordneten Martin (Soz.) in der vorletzten Sitzung der Zweiten Kammer Unterstaatssekretär Wandel wie folgt Stellung genommen: Ich möchte betonen, daß keine einzige Ausweisung eines Schweizer Bürgers erfolgt ist. In zwei Fällen ist auf Grund der Statthaltererkasse von 1884 den Betroffenen nahe gelegt worden, ob sie dauernd hier im Lande bleiben oder nicht. Dabei berief sich einer auf den schweizerisch-deutschen Niederlassungsvertrag, worauf wir den Fall näher geprüft haben. Wir gelangten zu dem Ergebnis, daß sich die Bestimmung des Artikels 3, wonach der Aufenthalt Schweizer unterliegt, die vor Erfüllung der Wehrpflicht die Nationalität gewechselt haben, nur auf solche bezieht, bei denen ein Nationalitätswechsel in eigener Person erfolgt ist, nicht aber auf Söhne und Kinder vorbehaltlich persönlicher Beanstandungen nach Artikel 2 des Vertrags. Von der Reichsregierung ist unsere Auffassung bestätigt worden. Der Polizeipräsident von Mülhausen ist entsprechend benachrichtigt worden.

Die Zweite elsass-lothringische Kammer hat am Freitag nachmittag die 3. Lesung des Etats beendet und ihn mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Bemerkenswert war die Abstimmung über den kaiserlichen Gnadenfonds. Nachdem er gemäß einem Abänderungsantrag des Zentrums und der Fortschrittler wieder in den Etat eingeseht worden war, gelangte er in einmütiger Abstimmung mit 27 gegen 19 Stimmen zur Annahme. Zwischen dem Präsidenten Dr. Nidlin und dem Abg. Drumm kam es zu einer Auseinandersetzung, weil der Präsident verlangte, daß der Abgeordnete sich der hochdeutschen Sprache bedienen solle, was jener aber nur dann tun wollte, wenn diese Bestimmung für alle Abgeordneten gelte. Der Präsident machte die Einschränkung, daß er das Verlangen nur an diejenigen Abgeordneten richten werde, die den Beweis erbracht hätten, daß sie hochdeutsch sprechen könnten. Drumm habe diesen Beweis erbracht. Darauf verzichtete Drumm auf das Wort.

* Ausland.

Wien, 12. April. Das „Fremdenblatt“ schreibt: Unsere Hoffnung, daß die Energie und die Übereinstimmung der Mächte in der Durchführung des gemeinsamen Beschlusses sich bis ans Ende betätigen möchte, findet sich durch zwei über eingetretene Ereignisse bekräftigt: Die eine besteht darin, daß die Blockade der Küste zwischen Antivari und der Mündung des Drinlusses effektuiert wurde; ebenso wichtig wie die Nachdrücklichkeit der maritimen Aktion ist es aber, daß die Einmütigkeit der Mächte deutlich in die Erscheinung tritt. Die gestern veröffentlichte Erklärung der russischen Regierung in der Skutarfrage läßt gerade in diesem Punkte keinen Zweifel mehr übrig. Geht doch aus ihr unzweideutig hervor, daß Rußland die Maßnahmen, die getroffen wurden, um den montenegrinischen Widerstand zu brechen, für nötig erachtet. Wir verhehlen uns nicht, daß trotz der soeben charakterisierten Fortschritte die Skutarfrage noch nicht als völlig bereinigt gelten darf, aber die angeführten und — wie wir glauben — beweiskräftigen Zeugnisse für die tatkräftige Einmütigkeit der europäischen Politik bestärken uns in der Hoffnung, daß nach den großen Opfern, die sowohl Österreich-Ungarn als Rußland für eine einvernehmliche Regelung der albanischen Frage gebracht haben, diese ihre vorgeschriebene Lösung finden und sich auf dem Wege keine Überraschungen von der Art einstellen möchten, wie sie unserem fräftigen Willen im Laufe dieser Krisis öfters begegnen mußten.

Bern, 9. April. Ein Komitee, bestehend aus schweizerischen, deutschen und französischen Parlamentariern beruft unter Mitwirkung des internationalen Friedensbureaus Mitglieder des französischen Parlaments und des Deutschen Reichstages zu einer Konferenz in Bern am 20. April ein, um Wege zu

suchen, dem Wettrüsten der beiden Staaten zu steuern und auf eine Verringerung der Wehrvorlagen hinzuwirken.

Paris, 9. April. Die deutsche Kolonie veranstaltete vorgestern abend ein Festmahl zu Ehren des zum preussischen Gesandten in Paris ernannten Botschaftsrats Freh. v. der Landen-Walens. Botschafter Freh. v. Schön gedachte in eindrucksvoller Rede der so erfolgreichen diplomatischen Tätigkeit v. der Landens, der in wichtigen und schwierigen Zeitaltern Kaiser und Reich überall ersprießliche Dienste geleistet habe und einen Beweis dafür biete, daß die von mancher Seite gegen die deutsche Diplomatie erhobenen Vorwürfe ungerechtfertigt seien. Freiherr v. der Landen dankte bewegt für die ihm zu teil gewordenen Ehrungen und versicherte, daß er der deutschen Kolonie stets und überall ein treues Andenken bewahren werde.

Paris, 10. April. Nach einer offiziellen Meldung werden in dem vom Marineminister Baudin ausgearbeiteten Geseß verschiedene Maßnahmen ins Auge gefaßt, durch die eine Verjüngung des Offizierkorps der Kriegsmarine ins Auge gefaßt werden sollen. Der Marineminister wird gleichzeitig vom Parlament einen auf zehn bis zwölf Jahre zu verteilenden Kredit von etwa 500 Millionen verlangen, durch den das von der Kammer bewilligte Flottenprogramm seine volle Wirksamkeit erlangen soll. Unter anderen sollen aus diesem Nachtragskredit drei Panzerschiffe gebaut werden, durch welche die Schiffsdimensionen, entsprechend den vom Obersten Marineamt abgegebenen Gutachten, auf je vier Einheiten gebracht werden sollen. Ein Teil dieses Kredites soll für eine den modernen Bedürfnissen entsprechende Ausgestaltung der Kriegsschiffe verwendet werden. Schließlich sollen besondere die Torpedobootsgerüstbau an Leistungsfähigkeit übersteigende Aufklärungsschiffe gebaut werden, die einen Gehalt von 6000 Tonnen und eine Geschwindigkeit von 27 Knoten haben und mit 138-mm-Geschützen ausgerüstet werden. Die Kosten eines solchen Aufklärungsschiffes werden mit 19 Millionen angenommen.

Rom, 11. April. „Osservatore Romano“ schreibt von heute abend: Wir können die guten Nachrichten über den Zustand des Papstes, die wir gestern glücklicherweise geben konnten, bestätigen, und versichern, daß das Befinden andauernd vollständig befriedigt.

St. Petersburg, 11. April. Die „Nowoje Wrenja“ schreibt über die vom deutschen Reichskanzler aus Anlaß der Wehrvorlagen im Reichstag gehaltenen Reden: Die Gerechtigkeit erfordert anzuerkennen, daß Deutschland in seinem Kanzler einen würdigen Vertreter der staatlichen Macht hat. Die Rede zwingt zu tiefer Hochachtung. Der Kanzler denkt und spricht wie der Staatsmann einer Großmacht; aus solchem Munde kann man selten ein so offenes Geständnis hören.

St. Petersburg, 9. April. In der letzten Sitzung der Kommission zur Regelung der Reichsgrenze wurde beschlossen, die russisch-preussische Grenze im Dombrower Steintalengebiet mittels Notenschiffes a tempore festzulegen, bis die Nationalisierung statgefunden hat.

Neuwied, 8. April. Die Ausführungsbestimmungen der Zolltarifvorlage sind zum Teil äußerst drastisch. Von vielen Seiten wird erklärt, daß die Vorteile, die den Importeuren durch die Zollreduktionen erwachsen, durch schärfere Ausführungsbestimmungen ausgeglichen werden. In der Tat wird durch das gegenwärtige System der Klassifizierung und Abschätzung zwecks Verhütung des Zollbetrugs verschärft. Auf Zollbetrug sind schwere Strafen vorgesehen. Die Zollabshäger erhalten größere Befugnisse für die Vernehmung von Neuen und für die Prüfung von Zolldokumenten. Eine Bestimmung ermächtigt das Schahamt, Waren von der Einfuhr auszuschließen, falls der ausländische Fabrikant beim Verfrachten den im Ausland weilenden Spezialagenten des Schahamtes den Einblick in seine Geschäftsbücher und in andere Dokumente, welche sich auf Klassifizierung und den Wert seiner Waren beziehen, verweigert. Für Waren, die hier zu niedrigeren Verkaufspreisen als am Heimatort abgegeben werden, ist ein Aufschlagszoll vorgesehen.

Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 12. April.

Seine königliche Hoheit der Großherzog nahm heute vormittag den Vortrag des Geheimen Legationsrats Dr. Seyb entgegen. Um 1/11 Uhr begrüßten Ihre königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin an der Bahn Ihre hochfürstliche Durchlaucht die Prinzessin Alexandra zu Schaumburg-Lippe, die zu mehrtägigem Besuch hier eintraf, und geleiteten dieselbe ins Palais. Von 12 Uhr ab meldeten sich bei Seiner königlichen Hoheit dem Großherzog: Generalleutnant z. D. Mathy, bisher Kommandant von Graubenz, Stabsarzt Dr. Goppe, Bataillonsarzt des Badischen Trainbataillons Nr. 14, bisher Oberarzt beim Feldartillerieregiment von Clauswitz (1. Oberschlesien) Nr. 21, ferner vom Kadettenhaus hier: die Oberleutnants Wiedemann, Adjutant des Kadettenhauses, und Ebel, bisher im 1. Unterelbsächsischen Infanterieregiment Nr. 132, sowie die Leutnants Boelcke, bisher im Infanterieregiment Graf Warfus (4. Westfälischen) Nr. 17, und Mezger, bisher im 1. Nassauischen Infanterieregiment Nr. 87.

Gegen 1 Uhr empfingen die Großherzoglichen Herrschaften Seine königliche Hoheit den Prinzen Rangsit von Siam zur Verabschiedung vor seiner Rückreise nach Siam.

Um 6 Uhr begaben sich Ihre königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin an den Bahnhof, um daselbst Ihre königlichen Hoheiten den Herzog und die Herzogin von Cumberland zu begrüßen, Höchstwelche zum Besuch bei Seiner Großherzoglichen Hoheit dem Prinzen und Ihrer königlichen Hoheit der Prinzessin Max hier eintrafen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog hörte sodann den Vortrag des Geheimrats Dr. Freiherrn von Babo.

Um 8 Uhr abends werden Ihre königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin die vom Verein bildender Künstler veranstaltete Abendunterhaltung im Künstlerhaufe besuchen.

Die bisherige Benützung des badischen Staatsschuldbuchs ergibt sich aus folgender Entzifferung nach dem Stand auf 31. März 1913:

Staffen	4 %		3 1/2 %		3 %		Summe
	Zahl d. Konten	Betrag	Zahl d. Konten	Betrag	Zahl d. Konten	Betrag	
bis 4 000	33	65 200	13	19 500	—	—	84 700
4 001 bis 10 000	30	229 700	8	58 300	1	9200	297 200
10 001 bis 100 000	37	1 152 900	11	413 200	—	—	1 566 100
100 001 bis 1 Mill.	8	4 025 000	6	1 644 500	—	—	5 669 500
über 1 Mill.	—	—	—	—	—	—	—
Summe	108	5 472 800	38	2 135 500	1	9200	7 617 500

Darnach sind 147 Konten mit 7 617 500 M. Budgetforderungen vorhanden. Der durchschnittlich auf 1 Konto entfallende Betrag stellt sich auf 51 819,73 M. Sieht man von den 14 Konten in den Beträgen von über 100 000 M. ab, so verbleiben für die restlichen 133 Konten Eintragungen in Höhe von zusammen 1 948 000 M., somit für 1 Konto durchschnittlich 14 646,61 M.; Eintragungen in den beiden niedersten Staffeln bis 4000 M. und von 4000—10 000 M. sind 85 in der Höhe von zusammen 381 900 M. erfolgt, so daß bei diesen kleinsten Konten auf 1 Konto nur ein Betrag von durchschnittlich 4492,94 M. kommt. Aus dieser Tatsache geht hervor, daß gerade die kleinen Kapitalisten die ungleichbaren Vorteile der Einrichtung des Staatsschuldbuchs, vor allem die unbedingte Sicherheit der Kapitalanlage gegen Diebstahl und sonstige Gefahren zu schätzen verstehen. Nach diesen erfreulichen Ergebnissen der ersten 3 Monate darf erwartet werden, daß die zeitgemäße Einrichtung auch fernerhin in zunehmendem Maße vom Publikum benützt wird.

Nr. XVI. des Gesetzes und Verordnungs-Blattes für das Großherzogtum Baden hat folgenden Inhalt: Bekanntmachung des Ministeriums des Kultus und Unterrichts: die Prüfungsordnung für das höhere Lehramt betr.

Erweiterung des Sprechkreises. Von jetzt ab ist Karlsruhe zugelassen zum unbeschränkten Sprechverkehr mit Wroslau, Bad Wildungen, Wolfhagen (H. Kassel), Bad Hosen u. Naumburg, Soale (letztere beiden Orte waren bisher nur beschränkt zugelassen). Gesprächsgebühr je 1 Mark.

Aus der Residenz.

R. Wohltätigkeitskonzert. Im großen Festsaal veranstaltete am Mittwoch das Großherzogl. Hoforchester unter Mitwirkung des Hoftheaterorchesters Mannheim sowie der städtischen Orchester Baden, Freiburg und Heidelberg zum Besten der Friedrich-Klosterstiftung und der Pensionskasse des Allgemeinen deutschen Musikerverbandes ein unter dem Protektorat des Großherzogs stehendes Konzert, das an Orchesterwerken Beethovens „Eroica“, Wagners Vorspiel zu „Parsifal“ und die „Lannhäuser“-Ouvertüre brachte. Unter der Leitung von Hofkapellmeister Reichwein, der die gewaltigen Orchestermassen mit leichter und sicherer Hand beherrschte, kam in der „Eroica“ besonders die Gedankentiefe des ersten und die strahlende Lebensfreude des letzten Satzes zu padendem Ausdruck. Auch das weisvolle Parsifalvorspiel und die Lannhäuserouvertüre wurden mit Empfindung und Kraft gespielt. Daß trotzdem keine rein künstlerische Wirkung zustandekam, lag nicht etwa daran, daß die Klangfülle des Orchesters zu groß gewesen wäre; wächst doch die Schönheit des Tons z. B. des Streichkörpers gerade mit der Zahl der verwendeten Instrumente. Doch hatte man den Eindruck, als wären die durch die Orchesterverstärkung geschaffenen Möglichkeiten reichster dynamischer Nuancierung nur zum geringsten Teile ausgenutzt worden und hätten zu wenig Gesamtproben stattgefunden, in denen die unbedingt notwendige Detailarbeit erledigt werden konnte. Eine nicht ganz stilgemäße, doch interessante Bereicherung des Programms bildeten eine Anzahl von Frau Lauer-Kottlar mit innigem Ausdruck und gewohnter technischer Vollendung gesungene Lieder von Hermann W. v. Balthershausen, dem Komponisten der Oper „Oberst Chabert“. Es sind durch und durch moderne, selbständig empfundene Kompositionen, aus denen bei aller Emanzipiertheit von Tradition und festen Regeln ein zielbewußter künstlerischer Wille spricht, dem eine ursprüngliche Erfindungskraft zu Diensten steht. Komponist und Sängerin ernteten stürmischen Applaus. Daß auch Dirigent und Orchester mit herzlichem Beifall reichlich bedacht wurden, ist selbstverständlich. Das Konzert war durch den Besuch des Großherzogspaares ausgezeichnet, das den Darbietungen bis zum Schluß beiwohnte.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Paris, 12. April. Dem „Temps“ wird aus Cetinje gemeldet, daß der bulgarische Gesandte heute die montenegrinische Regierung ersucht habe, die Belagerung Skutaris aufzugeben. König Nikita habe dies aber verweigert.

London, 12. April. Wie das Reutersche Bureau erfährt, ist gestern abend ein antikes Telegramm aus Cetinje des Inhalts eingetroffen, daß die montenegrinische Regierung bereit sei, einen jeden Kompensationsvorschlag zu prüfen.

Verantwortlich für die Redaktion:
Chefredakteur C. A. Mend in Karlsruhe.
Druck und Verlag:
W. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

J. kangs Buchhandlung · Karlsruhe i. B.

Unentbehrlich für Grundbuchämter!

In zweiter Auflage ist erschienen:

Das formelle Grundbuchrecht
im Großherzogtum Baden

die Reichsgrundbuchordnung mit den badisch. Ausführungs- u. Vollzugsvorschriften von L. Mainhard, Oberlandesgerichtsrat.

Zweite Auflage. Preis gebunden Mk. 6.75.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Großh. Konservatorium für Musik zu Karlsruhe,
zugleich Theaterschule (Opern- und Schauspielerschule).

Unter dem Protektorat Ihrer königlichen Hoheit der Großherzogin Luise von Baden.
Beginn des Sommerkursus am 15. April 1913.

Der Unterricht erstreckt sich über alle Zweige der Musik und der Schauspielkunst und wird in deutscher, englischer, französischer und italienischer Sprache erteilt.

Zur Aufnahme in die Vorbereitungsclassen sind musikalische Vorkenntnisse nicht erforderlich.

Die Lehrgänge des Großh. Konservatoriums für Musik, die den Unterrichtsplänen und alle Angaben über die Aufnahmebedingungen und über das Schulgeld enthalten, sind kostenlos zu beziehen durch die Direktion, durch die Hofmusikalienhandlungen von Friedrich Doert u. Hugo Kunz, die Musikalienhandlungen von Fritz Müller und Franz Tafel, durch die Herren Hofpianosortefabrikanten Ludwig Schwelsgut und Heinrich Maurer, die Pianofortehandlung von Jakob Knaz und durch Herrn Hofinstrumentenmacher Johann Padewet in Karlsruhe.

Zusammenfassend sind schriftlich oder mündlich zu richten an den

Direktor Hofrat Professor Heinrich Odenstein, Sofienstr. 35.

Sprechstunden Montags und Donnerstags von 2 bis 3 Uhr, an den übrigen Wochentagen von 3 bis 4 Uhr.

Für den Frühjahrs-Aufenthalt

empfehlen sich:

Amrum Post Norddorf. Seehospiz. Christliche Erholungshäuser. Kein Trinkgeld. Volle Pension von 4.— Mark an. Prospekt frei. E.283

Baden bei Zürich (Schweiz) Berühmte Heilerfolge bei Rheumatismus, Gicht, Ischias. Eigene Thermalquelle und Bäder im Hause selbst.

Hotel Habsburg Neu, moderne Einrichtung. Zentralheizung, Lift, Pension mit Zimmer von 5.50 Mk. an.

Hotel Rebstock Altbewährtes und bürgerlich. Haus, Pension mit Zimmer von 4.50 Mk. an.

Besitzer: H. Heitz.

Baden-Baden Pension Villa Frisia Ecke Gönneranlage Prospekt frei. Inh. Frau Else Wigger.

Baden-Baden Pension Graf Zeppelin Bismarckstr. 12. Ruhige Lage. Vornehmes neu eingerichtet. Haus. Zentralheizung. Zimmer mit u. ohne Pens. M.B. Preise.

Ostseebad Bansin auf der Insel Usedom. Schönstes all. Ostseebäder.

Markkirch Hotel du Commerce 5 Min. v. Bahnhof, ältestes, bestempfohlenes Haus am Platze. Vorzügliche Küche. Reine Weine. Hübsche Fremdenzimmer. Elektr. Licht. Zentralheizung. Großer Gesellschaftssaal. Omnibus am Bahnhof. Den Touristen sehr empfehl. Wwe. Emil Jochem u. Sohn.

Oberprechtal Station Elzach und Hornberg (Schwarzwald) Gasthof und Pension „Adler“ Durch schön. Anbau verg. u. d. Neuzeit entspr. eing. Erst u. besteinger. Haus a. Platze, m. anerk. vorzügl. Küche u. reinen, selbstgez. Weinen: Veranda, schön. Garten. Viels. Waldspazierg., ruh. ländl. Aufenth. Warm. Bad. Milchwirtsch. Eig. Fuhrw. Forrellenfisch. Jagdgehlt. Bill. Pensionspreise. Teleph. 1. Prosp. bereitwill. durch d. Besitzer: Fr. Pleuler. E.342

Paris Gd. Hôtel Violet 11/12 Pass. Violet (Fbg. Poissonnière). Nächt der Bahnhöfe und Boulevards. Gänzlich renoviert. Bäder. Ruhige Lage. Deutsches Haus. H. Castrop.

Sigriswil am Thunersee, 800 Meter überm Meer. Hotel „Kurhaus“ Bären m. pracht. v. Auss. a. See u. Gebirge. Angenehm. Frühjahrsaufenthalt, bei reduzierten Preisen. Höfl. empfiehlt sich F. Wangart-Gruber.

Mannheimer Lotterie

Ziehung 7. Mai 1913
Mark 50000 bar. Haupttreffer Mk. 6000, 3500, 15 u. 1000 u. u. mit kleinem Abzug Bargeld zahlbar. Lose à 1 Mark, 11 Stück = 10 Mark.

Carl Götz,
Geheißtr. 11/15 Karlsruhe.

Unwiderruflich!

Ziehung 14. u. 15. Mai 1913.

Geld-Lotterie
Nürnberger

4724 Goldgewinne bar ohne Abzug Mark:

120000
Hauptgewinne Mark:

50000
20000
10000

etc. etc. etc.

Lose à M. 3.—
Porto und Liste 30 Pfg. extra.
Zu beziehen durch: Carl Götz, Lotteriebanc, Hebelstraße 11/15, Woerner & Wehrle, Bankgeschäft, Eduard Flüge, Emil Holst; in Karlsruhe - Mühlburg: Wilhelm Nuber. E.498

Technikum Mittweida

Kgr. Sachs.

Direktor: Professor Holst.

Höhere technische Lehranstalt für Elektro- u. Maschinenmechanik. Sonderabteilungen für Ingenieure, Techniker u. Werkmeister. Elektrot. u. Masch.-Laboratorien. Lehrfabrik-Werkstätten. 36. Schulj.: 3610 Besucher. Programm etc. kostenlos v. Sekretariat.

I. Beamter gesucht,

der mit allen auf einer Generalagentur der Feinerebranche (und Nebenzweigen) vorkommenden Arbeiten gründlich vertraut ist, unschlüssig arbeitet, und befähigt ist, den Generalagenten nach jeder Richtung hin zu vertreten.

Nur solche Fachleute wollen sich bewerben, die sich in derartigen Stellen gut bewährt haben.

Offerten mit Lebenslauf, Zeugnissen, Referenzen, Gehaltsansprüchen (Kantion) unter W. 398 an Haasenfein & Bogler N.-G., Mannheim.

Café Schanz, Freiburg i. B.

(zum Museum)

Restaurant □ Eigene Konditorei □ Fühnfahrt
Selbstgezogene Weine.

Johannes Hach

Erstklassiges Herrenmaßgeschäft

Amalienstraße 59 Tel. 1619.

B. & S. Baer
Karlsruhe i. B.

Telephon Nr. 748 Kaiserstr. 233

Vornehmes Spezialgeschäft für eleganten Damenputz

: Permanente Ausstellung :
der letzten Saison-Neuheiten

Spezialität: Panamahüte
Englische u. Wiener Chapellerie.

E.363

Oel-Gemälde

werden regeneriert u. firnissiert, Kupfer-, Stahl- u. sonstige Stiche werden gebleicht u. restauriert, Rahmen aufgefrischt und vergoldet bei

Fz. Otto Schwarz, Kaiserstrasse 225.
Billigste Preise. Telephon 1407.

Bauplatz mit Realwirtschaftsrecht.

Die Stadtgemeinde stellt das Gelände der durch Brand zerstörten Realgastwirtschaft „zum Schwann“ zum Verkauf. Der Bauplatz liegt inmitten der Stadt am Kreuzungspunkt mehrerer Straßen und eignet sich vorzüglich zur Wiederherstellung eines Wirtschaftsgebäudes. Konzeption ist durch das auf der Baustelle ruhende Realrecht vorhanden und wird mitveräußert. Über eine zweckentsprechende Bebauung erteilt das Stadtbauamt mündlich oder schriftlich Auskunft. Angebote wollen alsbald hierher eingereicht werden. E. 473.2

Bruchsal, den 4. April 1913.
Der Stadtrat.

G. Brannsch Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe

Bewässerung und Bereinigung der Rittmatten

Ein genossenschaftliches Kulturunternehmen

Erfahrungen technischer und wirtschaftlicher Natur

von
W. Schneider, Kulturmeister
Freiburg i. Br. V77.
Preis M. 1.60

Denkbar intensivste Gestaltung des landwirtschaftlichen Betriebes überhaupt und des Futterbaues im besonderen, ist eine gebietserische Forderung unserer Zeit. Viehmeliorationen jeder Art als Mittel der Ertragssteigerung beanspruchen daher — zumal in diesen Zeiten der Preissteigerung — besonderes Interesse.

Die vorliegende Schrift gibt an dem Beispiel eines großen gemeinschaftlichen Bewässerungs- und Feldbereinigungsunternehmens, an dem mehrere Gemeinden und Hunderte von Privateigentümern beteiligt waren, ein anschauliches Bild der Interessengegenstände und Schwierigkeiten, die der Durchführung solcher Unternehmen regelmäßig entgegenstehen, weist die Wege zur Überwindung der Widerstände und legt dann in eingehender Darstellung die technischen und wirtschaftlichen Erwägungen klar, die für die Gestaltung der Anlage von Einfluß waren. Eine Fülle von praktischen Hinweisen für die Ausführung, interessante Zahlen über die Rentabilität des Unternehmens und seine Rückwirkung auf die Futterpreise, Betrachtungen praktisch-technischer Natur über Befestigung und Zweck der Wasserbauten, handliche Tabellen zur Berechnung der Wassermengen und Wasserführung, schließlich genaue Zusammenstellungen über Preise und Kosten vollenden die Schrift, deren vielseitiger Inhalt nicht nur dem Landwirt und Kulturtechniker, sondern auch dem Verwaltungs- und Gemeindebeamten und nicht zuletzt dem Volkswirt Interessantes bietet.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verlag

Ibach-

Pianos

Alleinvertreter für Karlsruhe
Bruchsal, Rastatt u. Umgebung

J. Kunz
Karlsruhe
21 Karl-Friedrichstraße 21.

Darlehen

werden an Beamte öffentlicher Behörden mit Mindestgehalt von M. 3500 unter günstigen Bedingungen ohne Vorauszahlung irgend welcher Spesen gewährt. Off. unter genauen Angaben unter E. 444 an die Expedition dieses Blattes.

Ziichtenpflanzen

u. alle and. Fortspflanzen
Ferienpflanzen, Alleenbäume, Koniferen liefert in bestm. prima Ware
W. Laustorer, Fortsbäumgärten, Rechingen, Württ. E.64

Ratfchreiber- stellvertreter-Stelle.

Die Stelle eines ständigen Ratfchreiberstellvertreters ist mit einem durchaus im Gemeindefach erfahrenen Beamten bei möglichst baldigem Eintritt zu besetzen. Es wird nur eine erstklassige Kraft gewünscht. E.499.3.2.1

Bewerbungen sind mit Lebenslauf, Zeugnissen und Gehaltsansprüchen alsbald einzureichen beim unterzeichneten Gemeinderat.
Weinheim, 10. April 1913.
Gemeinderat.
Dr. Wetflein.

Schreibgehilfenstelle.

Bei der Evang. kirchl. Stiftungsverwaltung Offenburg ist die Stelle eines Schreibgehilfen mit einer Anfangsvergütung bis 1100 M. jährlich auf 1. Mai d. J. zu besetzen. E.481.2

Jüngere Bewerber evang. Konfession, mit guter Handschrift, auf Schreibmaschine eingeübt, gewandt in Bureauarbeiten, wollen sich umgehend unter Vorlage der Zeugnisse sowie eines selbstgeschriebenen Lebenslaufes melden.

Nach Finanzministerialverordnung vom 3. Januar 1907 für die Straßenunterführung westlich des Aufnahmegebäudes in Forstheim öffentlich zu vergeben:

Lieferung von Granit-Wegegranitsteinen etwa 338 Ird. Meter. E.724.2.1

Bedingnisheft und Zeichnungen auf dem Eisenbahnbauwesen im Güterdienstgebäude, 2. Etage, in Forstheim, zur Einsicht; dort auch Abgabe von Angebotsordnungen.

Angebote mit Aufschrift: „Randsteine Forstheim“; spätestens bis Freitag den 25. April d. J. 8. Vormittags 11 1/2 Uhr, verschlossen und postfrei, bei dem Eisenbahnbauwesen Forstheim einzureichen.

Zuschlagsfrist 4 Wochen.
Karlsruhe, 28. März 1913.
Gr. Bahnbauinspektion I.

Expresstaktariff Bad. Staatsbahnen — Badische Lokal- und Nebenbahnen.

Mit Gültigkeit v. 15. April d. J. wird der Nachtrag VI zu obengenanntem Tarif ausgeben. Er enthält neben einer Ergänzung und einer Änderung der besonderen Ausführungsbestimmungen zur Eisenbahnverkehrsordnung die Entfernungen u. Schnittfrachttarife für die neu in den Tarif einbezogenen Nebenbahn Rhein-Lahr-Seelbach sowie für die Stationen Dundenheim, Zehnheim und Reichenheim der Lokalbahn Reichenheim mit dem Übergang Lahr-Dillingen. Die Ergänzung der besonderen Ausführungsbestimmungen ist gem. § 2 der Eisenbahnverkehrsordnung genehmigt. E.704

Nähere Auskunft erteilt unser Verkehrs-bureau.
Karlsruhe, 11. April 1913.
Großh. Generaldirektion der Staatsbahnen.